

26.08.2025

Medizinische Versorgung von Kindern aus dem Gazastreifen: Ärztekammer unterstützt Hamburger Vorstoß

Die Ärztekammer Hamburg begrüßt die Bereitschaft der Stadt Hamburg, verletzte und erkrankte Kinder aus dem Gazastreifen aufzunehmen und medizinisch zu versorgen.

„Seit Mai habe ich wie weitere Vertreterinnen und Vertreter von Gesundheitsorganisationen davor gewarnt, dass die ununterbrochenen Attacken auch auf medizinische Einrichtungen im Gazastreifen zu einem Zusammenbruch der medizinischen Versorgung führen. Der Angriff auf das Nasser-Krankenhaus gestern mit mindestens 15 Toten zeigt einmal mehr, dass diese Entwicklung weitergeht. Mit der Offensive in Gaza-Stadt wird sich die Situation für die Zivilbevölkerung absehbar weiter verschlimmern. Gerade schwer erkrankte oder verletzte Kinder sollten nicht unter dieser katastrophalen Situation leiden. Daher unterstützen wir die Bereitschaft des Hamburger Senats, erkrankte und verletzte Kinder und deren Begleitpersonen für eine medizinische Behandlung nach Hamburg zu holen. Wichtig ist, dass die Bundesregierung jetzt schnell die Voraussetzungen dafür schafft, dass diese humanitäre Hilfe geleistet werden kann“, so Kammerpräsident Dr. Pedram Emami. Dazu gehöre auch die Klärung der Frage, welchen Status die Kinder und ihre Begleitpersonen nach Abschluss der akuten medizinischen Versorgung erhalten sollen.

„Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren wiederholt an humanitären Hilfsprogrammen beteiligt und dabei auch verletzte Menschen aus Krisengebieten in den hiesigen Kliniken versorgt. Es ist gut, dass die Stadt gemeinsam mit anderen Kommunen bereit ist, in dieser konkreten Notsituation Kindern aus dem Gazastreifen zu helfen. Im nächsten Schritt sollte der Bund schnell die nötigen Vorarbeiten leisten. Also die Kriterien für den Personenkreis und die

Begleitpersonen festlegen und den Transport klären“, sagte PD Dr. Birgit Wulff, Vizepräsidentin der Ärztekammer Hamburg.

Kammerpräsident Emami betonte, dass die unmittelbare Hilfe für verletzte und erkrankte Kinder aus Gaza nicht das humanitäre Engagement vor Ort ersetzen dürfe. „Die Bundesregierung muss darauf drängen, dass eine medizinische Grundversorgung im Gazastreifen gewährleistet ist“, so Emami.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat am 22. August eine Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der SPD-Bürgerschaftsfraktion veröffentlicht. Darin erklärt er die Bereitschaft, verletzte und erkrankte Kinder aus dem Gazastreifen zur medizinischen Versorgung nach Hamburg zu holen.